

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5908. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 268 B

BERLIN • Sonntag, den 13. November 1932

1. JAHRGANG

# Brutale Zuchthausstrafen für solidarische Streikhilfe.

## AUS DEM INHALT:

Deutsch-französische Arbeiterkundgebung in Köln.  
Vom Kampf um Arbeit und Brot.  
Das Fallbeil der politischen Justiz.  
Reaktionärer Anschlag auf Lehrerbildung.  
Der Bassesche Agrarreformplan.  
Grönland auf Reisen.

## Das ewige Rom und der ewige Friede.

M. S. Mussolini macht es dem Heiligen Vater nicht leicht. Nachdem der Duce die katholische Aktion in Italien auf ihre religiösen Aufgaben zurückverwiesen und die italienische Jugend für sich und seine militärischen Absichten reklamiert hat, hat er nun den Papst zu einer offenen Anerkennung der militärischen Machtmittel des faschistischen Staates genötigt. Ende September fanden in Rom Luftmanöver statt, bei denen die Abwehr feindlicher Fliegerangriffe erprobt werden sollte. Maueranschläge kündeten den Römern an, daß sie sich in den Nächten vom 28. und 29. September zu verkriechen hätten. Künstliche Nebelgeschwader würden die Straßen durchziehen und Scheinbombardements mit explodierenden Schwärmern den Verkehr gefährden. Selbstverständlich seien alle Lichter zu löschen oder abzublenden, um dem Feind die Sicht zu nehmen.

Wenige Tage vorher hatte sich die italienische Regierung an den Hl. Stuhl gewandt mit dem Wunsch, das Gelingen der Manöver dadurch zu unterstützen, daß an den Manövertagen für die Vatikanstadt die gleichen Vorschriften zu gelten hätten wie für das übrige Rom.

Was tun? Verdunkeln, Mussolini entgegenkommen und damit das moderne Kriegshandwerk unterstützen? Oder illuminieren, zum Zeichen der Neutralität der Heiligen Stadt und ihrer Ablehnung des Krieges — aber zugleich den Zorn Mussolinis reizend?

Die Peinlichkeit der Situation wurde dadurch erhöht, daß das auf faschistische und klerikale Vorgänge stets aufhorchende Frankreich die Sache aufgriff und in mehreren Zeitungen, darunter in dem großen und einflussreichen „Temps“, eine Polemik über die Pflichten des Vatikans angesichts dieser faschistischen „Provokation“ entfesselte. Die meisten Blätter traten für „Beleuchtung“ ein. Die Neutralität der Vatikanstadt sei bedroht, wenn italienische Luftmanöver den Hl. Stuhl zur „Verdunkelung“ nötigten; von den Verträgen zwischen der Kurie und dem italienischen Staat sei schon lange gesagt worden, daß sie aus dem Vatikan wieder nur einen Gefangenen Italiens gemacht hätten; die Nachgiebigkeit gegenüber Mussolini würde erweisen, daß der Artikel 7 der Lateranverträge, der das Ueberfliegen des päpstlichen Territoriums verbiete, nur stilistische Bedeutung habe, die eine bloß juristische Souveränität des Papstes vortäusche. Jede Nation, die vor der Drohung eines italienischen Krieges stehe, würde sich fortan zugleich in Feindschaft zum Vatikan versetzt fühlen; der Abfall frommer Katholiken drohe . . .

Vergeblich versuchte der römische Berichterstatte des „Temps“ der heiklen Situation des päpstlichen Souveräns gerecht zu werden: „Löscht er die Lichter, so ist seine Neutralität gegenüber Italien wohlwollend; läßt er sie brennen, so ist sie übelwollend.“ Der einzige Ausweg: „Eine genaue und strikte Neutralität aufrechtzuerhalten, wird unmöglich sein.“

Und so geschah's: die Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität des päpstlichen Staates erlitt während einiger Stunden einige tatsächliche Verdunkelung. Die Kurie erließ einen Maueranschlag: „Die Beleuchtung der Straßen, Höfe, Gärten ist auf ein Minimum zu beschränken und gänzlich einzustellen, sobald in Rom die Alarmzeichen ertönen.“ Die weltliche Macht des ehemaligen Dissidenten Mussolini überschattete das Reich des Stellvertreters Gottes auf Erden.

Sehr lehrreich die Stellungnahme der päpstlichen Dunkelmänner. „Die Luftmanöver haben dem römischen Publikum

Hk. Berliner Sondergericht am Freitag. Es handelt sich um die beiden Arbeiter, die bereits vor einigen Tagen vor Gericht standen („Funke“ vom 10. November), weil sie in einer Nacht während des Verkehrstreiks auf der Greifswalder Straße Mosaiksteine in die Schienen der Straßenbahn eingekleimt hatten.

### Der Paragraph:

„Wer vorsätzlich Eisenbahnanlagen . . . beschädigt . . . oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gesetzt wird, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.“ (§ 315 StrGB.)

Der größte Teil der etwa einstündigen Verhandlung am Freitag ging um Fragen wie: ob die Steine (Kalkstein) von dem Wagen zermahlen worden, ob der Führer bei Tage die Steine hatte sehen müssen, ob die BVG vor Inbetriebsetzung der Strecke diese hatte absuchen lassen. Der Sachverständige an der fraglichen Stelle werde mit großer Geschwindigkeit gefahren, eine Entgleisung hätte man mit ziemlicher Gewißheit annehmen können.

Vorsitzender Tolck: Herr Weidmüller, was sagen Sie nun? Haben Sie sich das nicht denken können, daß der Wagen aus den Schienen springen könnte? (Es geht hier um das Wort „vorsätzlich“ im Paragraphen.)

Arbeiter Weidmüller (55 Jahre; man muß das Gespräch im „Funken“ vom 10. November lesen, um von der geraden Einfachheit dieses Menschen einen Eindruck zu haben; er ist wie ein alter Bauer; mit dem Disput über den Paragraphen kann er offenbar nichts anfangen):

Das wollte ich ja nicht, das war nicht mein Wille.

Schnell und spitz sprudelt Staatsanwalt Wagner seinen Strafantrag heraus.

Er weiß besser, was in dem angeklagten Arbeiter vorgegangen ist, als dieser selber es sagen kann! Wagner weiß nämlich folgendes: „Ohne weiteres haben die Angeklagten mit Gefährdung des Transports gerechnet. Denn sie hatten einen Wachtposten ausgestellt. Sie waren sich also dessen bewußt, was sie anstellten. Die Tat ist um so schwerer zu beurteilen, als es sich hier nicht um einen einzelnen Impuls handelt, sondern um ein ganzes Komplott (das schließt Wagner aus dem Ausstellen des Wachtpostens), vielleicht auf Anweisung bestimmter Drahtzieher.“ Strafantrag: drei Jahre Zuchthaus für jeden.

Rechtsanwalt Beck-Wardan („Rote Hilfe“): Von Transportgefährdung nach dem Sinne des Gesetzes, nach dem Sinne der Schwere der hier angedrohten Strafe, kann im vorliegenden Fall keine Rede sein; eine solche Strafe, wie sie hier der Staatsanwalt beantragt, zu verhängen für einen Streich wie diesen, der geradezu aus Wilhelm Busch abgeschrieben ist, — daran hat kein Mensch bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes (von 1871!) gedacht. Weidmüller hat völlig glaubhaft versichert, seine Absicht sei gewesen, den Betrieb aufzuhalten, für eine Zeitlang zum Stocken zu bringen; der Vorsatz bei einem Streik ist doch:

## Doch Proteststreik in Genf.

Der Druck der empörten Massen hat dahin geführt, daß die Gewerkschaften in Genf, entgegen ihrer anfänglich ablehnenden Haltung, beschlossen haben, am Sonnabend einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik zu erklären.

Die Regierung hat auf diesen Beschluß mit einer Verlängerung der erhöhten Alarmbereitschaft für Polizei und Gendarmerie geantwortet; außerdem wurde das neu nach Genf gelegte Regiment in Bereitschaft gesetzt und ein Kavallerieregiment aus Lausanne in die Nähe Genfs einquartiert.

SP und KP haben Kampfauftrufe erlassen.

Die SP schreibt u. a.: „In Genf sind die Ereignisse von ungeheurer Tragweite. Gegen diese unerhörten Verbrechen rufen wir die Arbeiter des ganzen Landes zu entschlossenen Aufmärschen und Protesten auf.“ Die Parteiorganisationen werden aufgefordert, unverzüglich Protestversammlungen

einen Begriff von den Gräueln und den aufregenden Schrecken eines modernen Krieges beigebracht. . . . Für den denkenden gläubigen Christen ist nach den Erlebnissen dieser Nacht das Problem des modernen Krieges erst recht aufgeworfen.“ Kein Wort einer eigenen Stellungnahme. Die Kapitulation vor den Kriegsvorbereitungen moderner Staaten verdeckt die Kirche durch den matten Appell, über das Problem des Krieges nachzudenken. Was werden sie groß nachdenken, die gläubigen Katholiken, denen der Mut des Denkens frühzeitig genommen ist? Sie werden beten, daß

den Verkehr nicht in Gang kommen zu lassen. „Wenn Sie das Gegenteil annehmen, so müssen Sie dies dem Angeklagten beweisen, oder der Staatsanwalt muß dies beweisen.“ Sonst aber gilt hier der Grundsatz: „In dubio pro reo“ (im Zweifelsfalle zu Gunsten des Angeklagten).

Tolk: Haben die Angeklagten selber noch etwas zu erklären?

Weidmüller: Nein.

Grüner (der nach wie vor bestreitet, Steine hineingepackt zu haben): Nein.

Das Urteil: Wegen gemeinschaftlicher Transportgefährdung für jeden zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

„Die Angeklagten haben die Tat begangen, um den Betrieb zu stören; aber es besteht für das Gericht kein Zweifel, daß sie sich bewußt gewesen sind, daß ein Transport gefährdet werden könnte. Gegen das Urteil gibt es keine Rechtsmittel. Die Strafe ist sofort anzutreten.“

Die ganze Barbarei dieses Umgangs von Steinklötzen mit Menschen spiegelt sich auf dem Gesicht des Alten, der kein Wort weiter verlor, sondern abgeführt wurde, ohne den Sinn dessen zu begreifen, was mit ihm gespielt wurde.

Das ist ein kleiner von den Dutzend Prozessen, die das Berliner Sondergericht anlässlich des Verkehrstreiks noch „erledigen“ wird.

Das Strafmaß für diese Prozeß-Serie ist durch die ersten Urteile natürlich festgelegt.

Wir haben einen dieser Prozesse etwas ausführlicher geschildert, um den Genossen zu helfen, den Sinn des Ganzen zu begreifen; so zu begreifen, daß uns diese Erkenntnis in Fleisch und Blut übergeht.

Die Strittigkeit des Paragraphen zeigt, daß für die Richter sehr wohl die Möglichkeit bestand, die Angeklagten nicht unter das Zuchthausjoch dieses — offenbar im Gedanken an Eisenbahnattentate geschriebenen — Paragraphen zu stoßen; die Richter hätten, dem Antrag des Verteidigers entsprechend, groben Unfug annehmen können. Und wenn sie schon geglaubt hätten, als gewissenhafte Richter den fraglichen Paragraphen anwenden zu sollen, dann hätten sie bei der Mindeststrafe (ein Jahr Zuchthaus) bleiben können.

Es bestand also viel Spielraum für Menschlichkeit. Die Richter haben von dieser Möglichkeit, menschlich zu urteilen, keinen Gebrauch gemacht.

Sie haben für die beiden Angeklagten zusammen eine Strafe verhängt, die wenig unter der Gesamt-Zuchthausstrafe bleibt, die im Schweidnitzer Nazi-Mordprozeß am selben Tage ausgesprochen worden ist. Sie wollen in Fällen wie diesem erbarmungslos vorgehen. D. h. in Fällen von Klassenkampfaktionen, die die Herrschenden ein wenig erzittern lassen.

Wir wollen daraus für unseren Kampf die Lehre ziehen, die in zwei Worten ausgedrückt ist, die in Lenins Sprache oft wiederkehren: unnachgiebig und erbarmungslos.

einzuberufen, um der Genfer Arbeiterschaft in ihrem Kampf für die Selbstbehauptung beizustehen und ihr die „Solidarität des Klassenbewußten Proletariats“ der Schweiz zu beweisen.

In dem Aufruf der KP heißt es bedauerlicher Weise: „Die reformistischen Spitzen haben für diese Forderung kein Gehör. Sie sabotieren die Entfaltung des Massenkampfes. Der Zentralvorstand der Sozialistischen Partei „berät“, um die Massen, die Taten fordern, vom wirklichen Klassenkampf abzuhalten.“

Sozialistische Arbeiter der Schweiz! Die Führer der SP und die Gewerkschaften weichen jeder Kampfhandlung aus. Schließt Euch mit den kommunistischen Arbeitern in einer mächtigen Einheitsfront zum Kampf zusammen!“

Die Arbeiterschaft Genfs hat durch ihr Zusammenstehen am Donnerstagabend gezeigt, daß sie die Einheitsfront will. Dieser Wille zur Einheit hat in dem Generalstreikbeschlusse einen großen Erfolg erzielt. Der Druck dieses Willens hat sich damit als wirksamer erwiesen als alles kommunistische „Anprangern“ der Gewerkschaftsführung.

die Freiheit und Unabhängigkeit des Hl. Vaters wachsen möge, damit die verfolgte Kirche nicht vor den Befehlen eines italienischen Staatsmannes zu Kreuz kriechen brauche. Ihnen wird nicht einen Augenblick der näherliegende Gedanke auftauchen, daß das päpstliche Gebiet in diesen Septembertagen die unvergleichliche Gelegenheit besaß,

eine Lichterstadt des Friedens darzustellen,

einen leuchtenden Protest gegen die Sensationen moderner Kriegsvorbereitungen aufflammen zu lassen, selbst auf die

Gefahr hin, es mit einem irdischen Machthaber zu verderben. In Europa, dem Zentrum der internationalen Rüstungsindustrie, hätten nicht nur die Millionen Katholiken aufgehört, die erstaunten Regierungen hätten gesehen, daß hinter die Massen, die den imperialistischen Zwecken geopfert werden sollen, eine Macht tritt, die dieses Spiel nicht mitmacht.

Die Ereignisse haben von neuem gezeigt, daß es nichts ist mit der Friedensliebe dieser Macht, auch jetzt nicht, wo die Abrüstungsfragen bei der Heuchelei und Schwäche der weltlichen Regierungen nach einer moralischen Autorität schreien. Die irdische Souveränität des Papsttums ist politisch gleich Null, und die „höhere“ Souveränität, auf Grund deren der Papst den Frieden auf Erden ausbreiten und schützen sollte, verleiht der Kirche so wenig Mut, daß sie ihre Mission, die sie auf allen Kanälen öffentlich verkündet, an den Maueranschlägen ihrer Stadt kampflös zurücknimmt.

Den Deutschen wird zur Zeit von den katholischen Regierungsvertretern ihres Landes viel von der christlichen Neuorientierung des Staates vorgeredet. Alle Mächte der Reaktion, geistige und wirtschaftliche, sind bereit, diese Grundlegung anzunehmen. Ein Blick auf das Verhalten des Hauptes der Christenheit gegenüber den modernen Aufrüstungsmachenschaften reicht hin, das Manöver, das hier angeboten wird, zu enthüllen.

Zu theologischen Auseinandersetzungen über die Rechte des Glaubens und die Bedeutung der Kirchen haben die meisten von uns keine Zeit. Wir sind aber auch nicht auf sie angewiesen.

Das schwächliche Zurückweichen der Kirchen vor denen, die keine Angst vor ihr haben, ist zum Glück weit leichter und klarer zu durchschauen, als das Dogmengebäude,

mit dem sie den vielen, die ein Verlangen nach höheren Ideen haben, die Köpfe verwirren. Sehr einfach und sehr menschlich wird so der Kampf gegen die Kirche, weil er auf die natürliche Frage zurückgreift

nach dem Zusammenhang von Worten und Taten.

Diese Überlegungen führen aber noch ein Stückchen weiter: In der Auseinandersetzung über kirchliche und religiöse Fragen, die vielen wirklich am Herzen liegen und die bei dem Vordringen der Reaktion vielleicht bald wieder aktueller werden als in den hinter uns liegenden toleranten Zeiten, haben die heutigen Vertreter und Anwälte der Kirchen, wie mir scheint, den geringsten Anspruch darauf, mit ihrer Meinung ernst genommen, ja überhaupt gehört zu werden. Diese Erwägung, die vielen „religiösen Sozialisten“ und allen denen, die an der Besserung der Kirchen arbeiten, zu denken geben sollte, ruht auf dem einfachen Grundgedanken,

daß es keinen Sinn hat, da reformieren zu wollen, wo die Gegenseite täglich den Beweis erbringt, daß ihr die Bereitschaft zur Konsequenz längst verloren gegangen ist.

Es ist sinnvoller, sich mit Kindern, Heiden und Atheisten über Gott und die Welt zu unterhalten als mit Pharisäern — eine Wahrheit, die übrigens auch zu den Lehrtücken der christlichen Kirche gehört.

Als Nachspiel zu dem Thema „Himmliches und irdisches Rom“ fällt mir gerade noch ein Beitrag in die Hände: Am 10. Oktober hat der Heilige Vater, der mit seinen Audienzen der italienischen Fremdenindustrie zu Hilfe eilt, eine Rekordzahl erreicht; er hat an diesem Tag 165 Hochzeitsreisenden den Segen erteilt, die für diese Zwecke auf den italienischen Bahnen ermäßigte Preise erhalten.

## Europa zahlt nicht mehr.

Am 15. Dezember ist für eine Reihe europäischer Länder eine Kriegsschuldzahlung an Amerika fällig. Die amerikanische Regierung rechnet nicht damit, daß diese Gelder eingezahlt werden; sie wird voraussichtlich die ganze Frage bis zur Weltwirtschaftskonferenz ruhen lassen.

Die französische Regierung hat am Freitag in Washington um einen vorläufigen Zahlungsaufschub ersucht und um die Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Regelung der Schuldzahlungen gebeten.

Auch die englische Regierung soll Zahlungsaufschub verlangt haben mit der Begründung, nicht nur die besondere Lage Englands, sondern der gesamte internationale Handel, einschließlich des amerikanischen, sei durch die Ueberweisung großer Geldsummen gefährdet.

Ungarn hat in Amerika mitteilen lassen, daß es die fällige Rate von 41 000 Dollar nicht zahlen könne.

Für die griechische Regierung war der Zahlungstermin bereits am 10. November. Sie hat die Schuldenrate von 445 000 Dollar nicht gezahlt.

## Abrüstungskonferenz über Sanktionen.

Das Büro der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich mit der Frage, welche Sanktionen gegen Staaten erhoben werden sollen, die das Verbot des chemischen oder bakteriologischen Krieges übertreten. Der französische, japanische (!) und italienische Delegierte wiesen darauf hin, daß in einem solchen Falle der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht hinreichte, sondern daß schärfste Gegenmaßnahmen erfolgen müßten. Dagegen zog es der englische Delegierte Eden vor, sich nicht auf derart gefährliche Dinge festzulegen, sondern die moralische Abwehr der öffentlichen Meinung (!) den Kampf gegen das Giftgas aufnehmen zu lassen.

An zuständiger Stelle in Berlin erklärt man die Rede, die Simon im Unterhaus gehalten hat, für einen großen Fortschritt in der Gleichberechtigungsfrage, wenngleich auch Simon die deutschen Forderungen nicht hundertprozentig anerkannt habe. Deutschland müsse noch darauf bestehen, klarzustellen, daß bei schrittweiser Abrüstung in möglichst kurzer Zeit eine zweite Abrüstungsperiode folgen solle. Da im übrigen Simon ebenso wie Herriot den genauen Wort-

## Congorilla.

Congorilla ist ein neuer, von Martin und Osa Johnson gedrehter Afrika-Film, der erste Tonfilm dieser Art, wie laut angekündigt wird. Er ist jedoch nicht nur aus diesem Grund bemerkenswert, sondern uns erfreut seine einfache, dokumentarische Darstellung aus dem Innern Afrikas, die wohlthuend gegen die in verlogene, kitschige Liebeszenen oder grausame, das Sensationsbedürfnis befriedigende Jagden eingesponnene Schilderung früherer Filme absticht.

Die geschickt geführte Kamera führt uns zu den weiten Steppen Afrikas, bevölkert mit Riesenherden von Zebras, Giraffen, Straußen, schlanken Antilopen, zu den Tränken dieser Tiere, die belauert sind von Löwen und wilden Hunden. Wir sehen im Busch die Herden der Rhinocerosse, an den Wasserfällen des Nils Elefanten, Krokodile, Nilpferde in ihrem uralten Element.

Wir werden zu dem Zwergvolk der Pygmäen geführt, einem Stamm, welcher noch auf der Stufe der niederen Jäger steht und sich streng innerhalb der Urwaldzone aufhält.

Die Expedition dringt auch in das Gebiet der Menschenaffen, der Gorillas, vor. Wir sehen die mächtigen Tiere in ihrer ursprünglichen stolzen Wildheit.

Ein Kulturfilm, wie wir bis jetzt erst sehr wenige gesehen haben. Störend und häßlich waren nur die Worte des Ansehers, der durch immerwährende Hervorhebung der Gefahren eine Sensation in den Film hineinbringen wollte, die er glücklicherweise nicht hat. A. Kl.

## Grönland auf Reisen.

Eine Bestätigung der Theorie Wegeners.

Der Geograph Wegener hat vor einer Reihe von Jahren die Theorie aufgestellt, daß die Festländer der Erde nicht starr mit dem Erdinnern verbunden sind, sondern daß sie auf einer zähflüssigen Masse schwimmen. Im Lauf der Erdgeschichte haben sich daher die einzelnen Erdteile auf der Erdoberfläche verschoben, und zwar nach Westen, der

laut seiner Vorschläge erst in Genf vorlegen wolle, so sei eine endgültige Stellungnahme von deutscher Seite noch nicht möglich.

Die französische Presse begrüßt die Rede Simons fast durchweg sehr lebhaft. Der „Temps“ sieht in ihr einen vorzüglichen Auftakt für die kommenden Genfer Verhandlungen. Der englische und der französische Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage hätten sich in den vergangenen Monaten sehr genähert.

## Stillhalteverhandlungen in London.

In dieser Woche haben in London deutsch-englische Besprechungen über die Verlängerung des Stillhalteabkommens, das am 28. Februar 1933 abläuft, stattgefunden. Eine Einigung wurde nicht erzielt, da von seiten der Engländer eine Abschlagzahlung als Bedingung der weiteren Stillhaltung der deutschen Schulden gefordert wurde, während von deutscher Seite diese Forderung als untragbar zurückgewiesen wurde.

## Unruhen in Dublin.

Englandfeindliche Kundgebung der Republikanischen Armee.

Anläßlich der englischen Waffenstillstandsfeier kam es am Freitag in Dublin zu heftigen Kämpfen zwischen der Irischen Republikanischen Armee und den Demonstranten, unter denen viele Frontsoldaten waren und Menschen, die das Erinnerungszeichen an die flandrischen Kämpfe trugen. Der Angriff der Irren wurde unter dem Kampfruf geführt: „Nieder mit dem englischen Imperialismus! Wir wollen De Valera zum König von Irland machen.“

## Der Versailler Vertrag verbietet nicht die Einfuhr von Inse-

ratent

Kriegsausrüstungen aller Art.

105 mm-Fejdhauttze.  
Vickers-Armstrongs auf fahrbarer Feuerplattform. 2197 kg  
Gewicht des Geräts in Feuerstellung . . . . . 610-460-220 ms  
Anfangsgeschwindigkeit . . . . . 15 kg  
Geschwindigkeit . . . . . 13 200 m  
Größte Schußweite mit Ueberladung . . . . .  
Vickers-Armstrongs Limited.  
Vickers House, Broadway, London S.W. 1, England.

Erdumdrehung entgegen. Spuren dieser Bewegung sieht Wegener etwa in der Form Süd- und Mittelamerikas: Die Ostküste Südamerikas stimmt in ihrer Form weitgehend mit der afrikanischen Westküste überein. Beide Festländer haben nach Wegener in der Urzeit der Erde einen Erdteil gebildet; sie sind durch eine Katastrophe auseinandergerissen und dann im Verlauf einer langen Entwicklungszeit „auseinandergeschwommen“. Dabei hat sich an der Westküste Südamerikas, der Vorderfront der Bewegung das Land zusammengepreßt und wurde zum Gebirge hochgestemmt, während die mittelamerikanischen Inseln beim Vorwärtsschwimmen des Erdteils abgerissen sind, also gewissermaßen als Nachzügler auf der Wanderung Amerikas zurückblieben. Die ostasiatischen Inseln, vor allem die Lage und Gestalt Japans, erklärt Wegener durch entsprechende Annahmen.

Der Ostgrönlandforscher Knud Rasmussen, der vor einer Woche von seiner Expedition zurückgekehrt ist, berichtet nun als eins der interessantesten Ergebnisse seiner Forschungen, daß er eine neue Bestätigung der Theorie Wegeners gefunden habe. Das grönländische Festland befindet sich in einer feststellbaren Bewegung nach Westen. Nach seinen Messungen verschiebt es sich in jedem Jahr um etwa 20 m.

## „Das deutsche Lied.“

In dem Liederbuch „Das deutsche Lied“ für die unteren Klassen höherer Lehranstalten und Mittelschulen, bearbeitet von Studienrat Dahlke (Dortmund), auf Grund der amtlichen Lehrpläne, findet man in der achten, durchgesehenen Auflage das Lied „Heimat“. Die erste Strophe dieses Liedes lautet:

„Heimat, o Heimat, wir müssen dich verlassen,  
Frankreich, unser Erbfeind (!) läßt uns keine Ruh',  
Morgen marschieren wir dem Rheine zu.“

„In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.“ (Artikel 148 der Reichsverfassung.)

## Duce in Verlegenheit.

Eine Unterhaltung mit Mussolini.

„Nicht viele Besucher Roms haben die Erlaubnis, am Tisch des Duce zu sitzen und Fragen an ihn zu richten, um seine Vergangenheit und Zukunft zu ergründen und seine Persönlichkeit zu erforschen. Ich hatte jedoch einmal ein persönliches Zusammentreffen mit Mussolini, bei dem er es war, der die Fragen stellte, während ich mein Gehirn mit der Antwort abplagte. Dies ist unsere Unterhaltung:

Mussolini: „Da Sie doch Berichterstatter des „Manchester Guardian“ sind, erklären Sie mir bitte, warum der „Manchester Guardian“ mich nicht leiden mag.“

Ich: „Exzellenz müssen hier eine Unterscheidung machen: Es ist leicht, denen gegenüber freundlich zu erscheinen, die man nicht ernst nimmt. Wir haben Sie immer sehr ernst genommen — und dachten immer, daß auf Sie sehr genau aufgepaßt werden sollte.“

Mussolini (nach einer langen Pause): „Ich kann nicht anfangen zu argumentieren — ich habe eine Tatsache festgestellt: Sie mögen mich nicht leiden.““

## Unterdrückungsmaßnahmen in der Schweiz.

Im Kanton Bern sind die Truppen in Alarmzustand versetzt worden, weil Kundgebungen der Arbeiter befürchtet werden. Alle Versammlungen unter freiem Himmel wurden verboten, ebenso die Veröffentlichung und Verbreitung von „aufreizenden“ Zeitungsartikeln und Drucksachen.

Der Kommunistenführer Tronchet, der bei den blutigen Unruhen in der Nacht zum Donnerstag eine Hauptrolle spielte, hielt am Donnerstag abend trotz des gegen ihn ergangenen Haftbefehls in Lausanne eine neue Rede.

## Ein Justizminister zu Gefängnis verurteilt.

Der isländische Justizminister, Gudmundsson, wurde wegen Beihilfe zu einem Vergehen eines Kaufmannes zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Anklage wurde von seinem Vorgänger im Amt des Justizministers erhoben, als Gudmundsson noch Kaufmann war. Der Justizminister ist sofort von seinem Amt zurückgetreten und wird Revision gegen das Urteil einlegen.

## Japan über Roosevelt.

In Japan hat sich die Freude über die Wahl Roosevelts bereits sehr gelegt; das japanische Marineministerium vertritt die Ansicht, daß sich die Haltung der USA gegenüber Japan wahrscheinlich nicht wesentlich ändern würde, besonders weil Roosevelt in der Abrüstungsfrage einen Standpunkt vertritt, der für Japan unannehmbar sei.

In Calabrien kam es infolge eines Unwetters zu schweren Überschwemmungen, durch die mehrere Häuser umgerissen und 16 Personen getötet wurden.

## Die Sturmflut-Katastrophe in Kuba

hat anscheinend weit größeren Umfang angenommen, als zuerst berichtet wurde. Manchen Meldungen zufolge sind 1800 Menschen ums Leben gekommen. In anderen Meldungen heißt es allerdings, daß es nur 50 Personen sind. Die Fischerstadt Camaguey ist vollständig zerstört. Der Ernteschaden ist noch gar nicht abzuschätzen. In Santa Cruz sind sämtliche Krankenhäuser überfüllt, und Nahrungsmittel und Aerzte werden in Flugzeugen dorthingebacht.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Anzeige kaum beachtet. Um so mehr Verwunderung erregte sie im Ausland. Der Versailler Vertrag verbietet Deutschland die Einfuhr von Waffen (Art. 170). Wie können dann aber ausländische Rüstungsfirmen es für lohnend halten, im deutschen „Militär-Wochenblatt“ Kriegsausrüstungen aller Art zu inserieren?

Im englischen Unterhaus ist die Frage aufgetaucht, ob hier ein Bruch des Versailler Vertrages vorliege.

Die Schriftleitung des „Militär-Wochenblattes“ erklärt jetzt, daß Deutschland zwar die Einfuhr von Waffen, nicht aber die Einfuhr von Inseraten verboten sei (was von Mitgliedern des englischen Unterhauses nicht bezweifelt worden ist).

Die englische Firma Vickers-Armstrongs habe zur Veröffentlichung ihrer Anzeigen das deutsche „Militär-Wochenblatt“ wohl deshalb gewählt, weil dieses Blatt wegen seiner traditionellen militärischen und technischen Güte von Heeresverwaltungen und Soldaten aller Länder gelesen wird, die ihre militärische Ausrüstung aus England beziehen.

Wir würden nicht bezweifeln, daß jeder Skeptiker von der Logik dieses Arguments überzeugt sein würde, wenn die Schriftleitung des „Militär-Wochenblattes“ noch eine Frage beantwortet hätte: Ist es ein Zufall, daß die Firma Vickers-Armstrongs sich gerade jetzt von der Güte und Berühmtheit des Reichswehrblattes überzeugt hat?

## Wieder Krieg im Gran-Chaco.

Die kürzlich von dem neutralen Schlichtungsausschuß gemeldeten Friedensverhandlungen zwischen Bolivien und Paraguay sind offenbar nicht weit gediehen. Das paraguayische Kriegsministerium berichtet bereits wieder von einer großen Schlacht, die von den paraguayischen Truppen gewonnen sei. 350 Bolivianer, darunter 4 Offiziere, seien getötet worden.

## Zwischen Tschiangkai-scheck und Tschangsuelliang

finden in Hankau Besprechungen statt, in denen angeblich über den Abschluß eines Bündnisses zwischen den beiden bisher feindlichen Generälen, zum Kampf gegen die Nanking-Regierung und zur Wiedereroberung der Mandschurei gesprochen wird.

## Chinesische Telegrammzensur.

Die chinesische Regierung teilt mit, daß sie für alle Telegramme von und nach der Mandschurei eine Zensur eingeführt habe. Das gilt auch für Presse-Telegramme. Es sei beabsichtigt, in der nächsten Zeit auch eine Briefzensur einzuführen.

**Vive l'unité des ouvriers!**

Par cet appel la réunion fut terminée quo l'ISK et la Deutsche Friedensgesellschaft (Société Allemande pour la Paix) avait organisé vendredi à Cologno à l'occasion de la visite des cheminots français. A cause du „Burgfriedens“ (l'interdiction de toutes réunions publiques) cette réunion ne put prendre place que dans un cercle limité. Il y eut quand même près de 300 camarades français et allemands qui voulaient démontrer par leur présence leurs relations fraternelles.

Merveilleuse fut l'effet stimulant de l'exemple français d'un syndicat unifié, dans lequel il n'y avait pas de scission.

Les discours du chef de ce syndicat, Cancouet, et du secrétaire de la section de propagande, Balluais, furent écoutés avec une attention particulièrement grande. Les camarades prouvaient, comment l'unité dans les syndicats est nécessaire et ils montraient le chemin qui a conduit leur syndicat vers l'unité:

Il y avait en France un mouvement fort pour l'indépendance syndicale. Beaucoup de camarades ne voulaient pas que le syndicat soit sous la dictature d'un parti politique. Ils se rassemblèrent dans un syndicat indépendant, qui augmentait rapidement du membres. Mais bientôt les communistes essayèrent de réaliser, en même temps que leur travail syndical leur mots d'ordres de leur parti, ce qui malheureusement ils réussissaient à faire. Alors rien ne fut gagné par la formation du nouveau syndicat. La plupart des camarades retournaient dans l'ancien syndicat, dans lequel ils retenaient tous leurs droits. Donc à présent ceux qui se combattaient avant (par exemple Cancouet et Balluais)

s'efforcent en commun dans l'ancien syndicat de faire garder la neutralité du point de vue de partis politiques.

Naturellement cette unification n'est pas tombé du ciel. Les plus grandes difficultés pour nos camarades français ne consistaient pas dans les choses extérieures, comme dit notre camarade Cancouet, mais elles étaient plutôt personnelles:

„Pour atteindre l'unité syndicale il faut surmonter beaucoup de préjugés, il faut se dégager de vanité et d'ambition.“

Voilà des mots qui gagnent d'importance lorsqu'ils viennent de la part d'un camarade qui lui-même a vaincu ces préjugés et qui en conséquence a eu du succès dans son travail.

Il est dommage que les camarades allemands ne pouvaient raconter en présence de cela quo de succès minimes. Tous les orateurs (de l'ISK, de la Deutsche Friedensgesellschaft ainsi qu'un membre du Gesamtverband-syndicat des travailleurs d'Etat et des services publics) soulignaient l'importance de l'unité syndicale. Nous ne pouvions donner à nos camarades français que l'assurance que nous lutterions de toutes nos forces pour l'unité syndicale.

La communication, que le syndicat des cheminots allemands recevait comme cadeaux justement une photographie du congrès français d'unification fut acclamé en riant. (Quelqu'un cria: „C'est ce qui leur faut!“)

La fonction importante des syndicats des cheminots en cas de guerre fut discuté à fonds. Les opinions sur la manière de lutte contre le danger de guerre se séparèrent. Dr. Ashold de la Deutsche Friedensgesellschaft parla fortement contre le mot d'ordre de tourner la guerre en guerre civile. Il y eut d'autres camarades qui ne considéraient comme praticable ce cette méthode. Puisque il n'y eut plus assez de temps l'accord ne fut pas réalisé sur ce point. Les camarades français furent d'opinion, que le seul moyen effectif contre la guerre soit la grève générale. Camarade Cancouet exprima son opinion personnel:

Il voudrait plutôt se charger de toutes sortes de difficultés que de jamais reprendre des armes contre ses frères dans l'autre pays.

La réunion fut un succès du point de vue des aspirations d'avancer le front unique et pour les organisations qui l'avaient arrangés. La forme extérieure de cette discussion a aidé de la faire un succès: du côté français et du côté allemand il y avait des orateurs d'opinions différents. Mais chacun s'était préparé sur les questions à discuter avec beaucoup d'intérêt et s'était engagé de s'y tenir à de certaines formes de la débato. On pouvait voir que l'audience suivit la débato et fut tout à fait plein d'émotion quand à la fin on s'écriait:

„Vive l'unité des ouvriers!“

Seulement c'est dommage que le syndicat allemands des cheminots ne fut pas présent. Quel pourrait en être le raison?

Uebersetzung:

**Es lebe die Einheit der Arbeiterschaft!**

Mit diesem Ruf schloß die Versammlung, die vom ISK und der Deutschen Friedensgesellschaft am Freitag in Köln anlässlich des Besuchs der französischen Eisenbahner-Gewerkschaft veranstaltet wurde. Wegen des „Burgfriedens“ konnte sie nur als geschlossene Veranstaltung in kleinem Rahmen stattfinden. Trotzdem erschienen etwa 300 französische und deutsche Genossen, um durch ihre Anwesenheit ihre brüderliche Verbundenheit zu demonstrieren.

Ganz großartig war die belebende Wirkung, die von dem französischen Beispiel einer einigen, nicht gespaltenen Gewerkschaft ausging.

Die Reden des Führers dieser Gewerkschaft, Cancouet, und des Sekretärs der Werbesektion, Balluais, wurden mit besonderer Aufmerksamkeit angehört. Die Genossen bewiesen, wie unerlässlich die Einheit der Gewerkschaften ist, und schilderten den Weg zur Einheit ihres Verbandes:

Es war in Frankreich eine starke Bewegung für die gewerkschaftliche Unabhängigkeit vorhanden. Viele Kollegen wollten nichts davon wissen, daß die Gewerkschaft unter der Diktatur einer politischen Partei stünde. Sie schlossen sich zu einer unabhängigen Gewerkschaft zusammen, die rasch an Mitgliedern zunahm. Aber bald versuchten die Kommunisten, neben der Gewerkschaftsarbeit ihre parteipolitischen Parolen durchzusetzen, was ihnen leider auch gelang, sodaß mit der Neugründung nichts gewonnen war. Auf diesem Boden bereiteite sich dann die Vereinigung vor. Die meisten Kollegen gingen wieder als Mitglieder mit allen Rechten in den alten Verband zurück, in dem nun die ehemals feindlichen Brüder (z. B. Cancouet und Balluais)

gemeinsam für die Wahrung der parteipolitischen Neutralität sorgen.

Natürlich ist auch unseren französischen Kollegen diese Vereinbarung nicht vom Himmel gefallen. Die meisten Schwierigkeiten lagen, wie Cancouet darlegte, weniger in äußeren Dingen; die größten Schwierigkeiten hatte man vielmehr bei sich im Innern zu bekämpfen:

„Um die gewerkschaftliche Einheit zu erreichen, muß man selber viele Vorurteile überwinden, Eitelkeit und Ehrgeiz aus dem Wege räumen.“

Das sind Worte, die bei einem Genossen, der diese Vorurteile überwinden und deshalb Erfolg bei seiner Arbeit hat, besonders schwer wiegen.

Leider konnten die deutschen Genossen demgegenüber nur von geringeren Erfolgen berichten; alle Diskussionsredner (vom ISK, von der Deutschen Friedens-Gesellschaft und ein langjähriges Mitglied des Gesamtverbandes) betonten die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit mit allem Nachdruck. Wir konnten unseren französischen Kollegen zunächst nur versprechen, daß wir uns mit allen Kräften bemühen würden, die gewerkschaftliche Einheit zu erkämpfen.

Beifällige Heiterkeit erregte die Mitteilung, daß die Deutsche Eisenbahner-Gewerkschaft als Geschenk ausgerech-

net die Photographie vom Einigungskongreß der französischen Gewerkschaft erhielt. (Zwischenruf: „So etwas haben sie auch nötig!“)

Die wichtige Funktion der Eisenbahner-Gewerkschaft im Kriege wurde grundsätzlich erörtert. Die Meinungen über die Methode der Bekämpfung der Kriegsgefahr gingen auseinander. Dr. Ashold von der Deutschen Friedensgesellschaft lehnte scharf die Parole von der Umwandlung des Krieges in den Bürgerkrieg ab. Andere hielten diesen Weg für den einzig gangbaren. Eine Einigung kam nicht zustande, da die Zeit nicht ausreichte, auch diese Frage noch ausführlich zu erörtern. Die französischen Kollegen vertraten den Standpunkt, das wirksamste Mittel gegen den Krieg sei der Generalstreik. Genosse Cancouet betonte seinen persönlichen Standpunkt:

Er würde lieber alle möglichen Schwierigkeiten auf sich nehmen, als jemals wieder die Waffe gegen seine Brüder aus dem andern Lande zu erheben.

Die Versammlung war ein Erfolg für die Bestrebungen zur Förderung der Einheitsfront und für die einladenden Organisationen. Mit dazu beigetragen hat die äußere Form: Es sprachen sowohl von französischer als auch von deutscher Seite Genossen verschiedener Richtungen. Aber alle hatten sich auf die zur Debatte stehenden Fragen vorbereitet und sich verpflichtet, gewisse äußere Regeln der Diskussion einzuhalten. Den übrigen Versammlungsteilnehmern sah man an, wie sehr sie innerlich dabei waren und mit ergriffen wurden, als zum Schluß der Ruf erscholl:

„Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!“

Schade nur, daß die Deutsche Eisenbahner-Gewerkschaft der Veranstaltung fernblieb. Warum wohl? W. F.

**Die proletarischen Gefangenen an die Genossen draußen.**

Wir warten Stunde um Stunde,  
Wir warten Tag um Tag.  
Wir warten auf die Kunde  
Vom großen, befreienden Schlag.

Die Stunden, die wir warten  
In unsrer entsetzlichen Haft,  
Die nehmen ein Stück von uns selber,  
Ein Stück von unserer Kraft.

Genossen, seid doch einig,  
Erkennt eure Macht,  
Und tragt durch eure Einheit  
Ein Licht in unsre Nacht.

Marschieret! Schlagt die Feinde  
In kühnem Siegeslauf.  
Und reißt mit starken Händen  
Die Zuchthausstore auf.

H. D.

**Für proletarische Klassensolidarität.**

Zur Unterstützung der Opfer der Klassenjustiz führt die IHV (Internationale Hilfsvereinigung) eine Winterhilfskampagne durch. An dieser Arbeit sind in der Ortsgruppe Neukölln der IHV bisher folgende Organisationen beteiligt: ISK, Kommunistische Arbeiter-Union, KPD-Opportunisten, SAP, Sozialistischer Jugend-Verband, Sozialistischer Schutzbund. Vorerst sollen Gelder, Lebensmittel und andere Sachen bei den kleineren Geschäftsleuten gesammelt werden; dazu ist ein Großsammeltag auf Montag, den 14. November, angesetzt worden. Die Genossen treffen sich um 17 Uhr im

Lokal von Schenk, Neukölln, Rosenstraße 24.  
Wir fordern alle Genossen auf, diese Solidaritätsaktion zu unterstützen.  
Vorstand des ISK.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HÖHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR (28)

„Was ist denn los, Steiger?“  
Der zuckt die Achseln.  
„Weiß nicht. Ein Maschinist kam eben mit seiner Lokomotive vom Schacht und hat diesen Brief gebracht.“

Damit hält er Steinberg einen Brief in blauem Umschlag hin. Der liest: „Steinberg, Johann, Markennummer 294, Revier V, 6. Sohle. Sofort nach Hause kommen, Frau schwer krank. Hartwig, Markenkontrolleur.“

„Dann will ich mal laufen“, spricht er, zieht Hemd und Jacke an, hängt die Kaffeepulle über die Schulter und eilt fort.

„Armer Kerl, für den fängt das neue Jahr gut an“, sagt der Steiger, fügt ein Glück auf! hinzu, geht die Strecke zurück. Auch er wäre heute lieber zu Hause geblieben, aber die Pflicht, die Pflicht als Beamter. Kumpels sind heute genug der Zeche ferngeblieben, er als Beamter aber kann sich so etwas nicht leisten.

Keuchend läuft Steinberg durch den Querschlag, schwitzend kommt er am Schacht, von dem ein eiskalter Luftstrom in den Bau zieht, an. Im Schacht werden Reparaturen ausgeführt, und er muß noch eine halbe Stunde warten, bis der Korb freigegeben wird für Personenförderung. Voller Ungeduld verbringt er diese Zeit, allerlei Befürchtungen und Vermutungen quälen ihn. Was mag seiner Frau passiert sein? Sicherlich doch etwas Schlimmes, sonst würden sie ihn nicht aus der Grube holen. Endlich kommt der Korb, bringt ihn zutage. In der Waschkaupe reißt er sich das Arbeitszeug vom Leibe, läuft unter die Brause. Halbrein gewaschen, zieht er sich an, eilt an der Markenkontrolle vorbei, dem Zechnausgang zu.

Zwölf Glockenschläge durchhallen die Luft, dann beginnen sämtliche Glocken im Umkreis das neue Jahr einzuläuten. Schüsse knallen, Raketen zischen hoch, Feuerwerkskörper zerplatzen in der Luft. Menschen auf den Straßen,

Menschen in den Fenstern, und alle schreien sie „Prosit Neujahr!“

In Steinbergs Ohren klingt dies wie ein Höllenkonzert, er läuft mehr als er geht dem Barackengelager zu. Arm in Arm kommen ihm vier Betrunkene entgegen, versperren ihm den Weg, halten ihm eine gefüllte Schnapsflasche hin.

„Da, auf, oder Kumpel. Prost Neujahr!“  
Er macht einen Bogen um sie, läuft weiter.  
„Dösiger Hund“, schimpft ihm einer nach.  
„Bist woll im Blauen Kreuz. Magst woll lieber Wasser als Korn.“

Im Barackengelager dasselbe Bild. Ueberall sind lärmende, fröhliche Menschen, von allen Seiten erschallt der Ruf: Prosit Neujahr!

Vor seiner Wohnung sieht Steinberg ein Motorrad stehen. Er öffnet die Küchentür, wirft seine Kaffeeflasche in eine Ecke, geht auf die Kammer zu. Auf dem Wege dahin kommt ihm Frau Kowalski entgegen. Er sieht sie weinen, da weiß er genug. Vor seinem Bett steht die massige Gestalt Dr. Brockmanns, in dem anderen liegen weinend und verstört seine vier Kinder. Langsam geht er auf das Bett zu, das er mit seiner Frau teilt und in dem sie jetzt als Tote liegt. Der Arzt reicht ihm die Hand, durch seine funkelnden Brillengläser sehen ihn seine Augen forschend an. Steinberg, den sonst so starken Mann, zieht es mit einem Ruck auf die Knie. Er legt seinen Kopf an den kalten der Toten, seine nassen, ungekämmten Haare bedecken ihr Gesicht. Seine Schultern zucken auf und nieder, ungebemmt läßt er die Tränen fließen. Langsam nur ebbt sein Schmerz ab.

Der Arzt gibt dem Kumpel die Hand, verabschiedet sich auch von den beiden Frauen in der Küche, fährt mit seinem Motorrad davon.

Steinberg dankt den Frauen für ihre Hilfe, sie versprechen, im Laufe des Tages nach den Kindern zu sehen und entfernen sich. Er geht in die Schlafkammer zurück, beruhigt die Kinder, die weinend nach der Mutter verlangen. Nach und nach schlafen sie ein. Dann deckt er ein

Lest  
T  
R  
E  
T  
J  
A  
K  
O  
W



weißes Tuch über das Gesicht der Toten, bläst die Kerze aus. Im Dunkeln sitzt er auf dem Bett; den Kopf in die Hände gestützt, starrt er vor sich hin. Ruhig atmen die schlafenden Kinder, von draußen dringen ab und zu Nachklänge der Silvesterfeier zu dem grübelnden Mann.

In der Nachbarwohnung ist alles ruhig. Dort liegen sie sicher schon in den Federn und schlafen ihren Rausch aus. Allein ist er jetzt, allein mit vier Kindern. Das neue Jahr hat begonnen, was wird es, was wird die Zukunft bringen? Er zermartert sein Hirn nach einem Ausweg. Wer soll für seine Kinder sorgen, wenn er zur Arbeit ist? Verwandte hat er keine. Für den Anfang werden sich wohl freundliche Nachbarn finden, die sich mit den Kindern befassen, mit der Zeit aber wird ihre Hilfsbereitschaft abflauen. Es hat ja auch jeder genug mit sich selbst zu tun.

Der Kopf sinkt ihm auf die Brust, er wird vom Schlaf übermannt. Nach einer Weile schreckt er empor, muß sich mit seinen Gedanken erst in die Wirklichkeit zurückfinden. Ihn friert, er möchte gern ins Bett. Aber wo schlafen, im Bett neben seiner toten Frau? Das geht doch nicht, und die Kinder liegen selbst eng genug zu viere in dem einen Bett. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich in der Küche auf die harte Bank zu legen. Mit einem alten Mantel, der ihn nur wenig gegen die Kälte schützt, deckt er sich zu. Bald ist er eingeschlafen. Zu müde ist sein Körper, zu niedergedrückt sein Gemüt.

Wie Frau Kowalski mit Emmi in die Wohnung zurückkehrt, ist dort alles in fröhlichster Stimmung. Hans war erst beunruhigt über das lange Ausbleiben der beiden Frauen, dann hat er sich aber schnell damit abgefunden. An einen Todesfall in der nächsten Nachbarschaft hat keiner gedacht. Sie stutzten, als sie die verwinten Gesichter der beiden sahen.

„Was ist denn los?“ fragt Vater Kowalski mit schwerer Zunge.

(Fortsetzung folgt.)

## Zwischenfall in Westerland-Sylt.

Was durch eine Einheitsfront verhindert würde!

M. D. In der Nacht vom Sonnabend zum Wahlsonntag wurden zwei kommunistische Klebekolonnen, die getrennt in Westerland-Sylt Plakate klebten, plötzlich von einer Gruppe NS gestellt. Da die kommunistische Klebegruppe durch Haltung und im Wortwechsel zu erkennen gab, daß sie die paar NS nicht fürchte, ertönten plötzlich schrille Pfiffe. Im Nu war die Klebegruppe von 40 bis 50 NS eingekreist, die den Leuten der Klebegruppe mit Scheinwerferlampen in die Augen leuchteten, sodaß sie unmöglich etwas unternehmen konnten. Da die Kommunisten sich hüteten, mit der großen Uebermacht in Reibereien zu kommen, drängten die NS die Klebegruppe weiter. Verfolgten sie durch die Straßen. Verhinderten das Plakatkleben, nahmen den KP-Klebern schließlich die Plakate weg und schütteten ihnen den Klebstoff aus.



Nach langem Drängen durch die Straßen zwangen die NS die Kleber zum Nachhausegehen. Sie drängten sie in ein Haus, in dem einige Kleber wohnten und bewachten das Haus systematisch bis zum Morgen. Niemand durfte heraus, die NS befahlen es so.

Die Lehre:

Kein NS würde in Westerland so etwas wagen, wenn die Einheitsfront zwischen SP- und KP-Arbeitern Wirklichkeit wäre. Also schafft Einheit und sei es beim Kleben von Plakaten.

## Reaktionärer Anschlag auf die Lehrerbildung.

Wnck. Tageszeitungen und Zeitungen der Lehrerpresse melden, daß auch Ostern 1933 von den Pädagogischen Akademien keine neuen Studenten aufgenommen werden dürfen. Die „Tägliche Rundschau“ bricht von einem Plan, „sämtliche Akademien von Ostern 1933 ab für 6 Jahre zu schließen“.

Als Gründe für eine weitere Aufnahmesperre werden u. a. die hohen Kosten der Hochschulbildung gegenüber der viel billigeren früheren Seminarbildung angeführt. Dabei kostete die alte Lehrerbildung dem Preussischen Staat 1913 rund 13 1/2 Millionen, während 1931 für die Preussischen Akademien nur 4 1/2 Millionen ausgegeben wurden.

Die „Berliner Lehrerzeitung“ nennt als den wahren Grund der beabsichtigten Schließung, daß den herrschenden

**Auch die Bahnhofslokale der Berliner Stadt-, U- und Fernbahn führen jetzt den „FUNKEN“**

reaktionären Kräften „an einer geistigen Emporhebung aller Volksschichten nichts gelegen ist. Man sieht im Gegenteil in der geistigen Befreiung der unteren Volksschichten ein Hemmnis für die Durchführung des jetzt besonders laut gepriesenen Allheilmittels einer politischen, wirtschaftlichen und geistigen Alleinherrschaft der — wenigstens in der Einbildung — durch „Geburt“ und Geldsack bevorrechteten Oberschicht.“

# Vom Kampf um Arbeit und Brot.

**Lohnschießspruch für Buchdrucker-Hilfsarbeiter.** Der durch einen Zwangsschiedspruch zustande gekommene Reichelohntarif für das Buchdrucker-Hilfspersonal war von den Gewerkschaften gekündigt mit dem Ziel, Verbesserungen zu erreichen. Die Verhandlungen am 8. November 1932 führten zu keinem Ergebnis. Das tarifliche Zentralschlichtungsamt fällt am 11. November einen von den Parteien angenommenen Schiedspruch, der den bisherigen Reichelohntarif ab 12. November 1932 bis zum 30. April 1933 wieder in Kraft setzt. Der Schiedspruch bringt für eine Reihe von Tarifkreisen mit den Kreisvororten Köln, Frankfurt a. M., Leipzig, Stuttgart, Berlin und Hamburg eine Lohnaufbesserung bis zu einer Reichsmark in der Woche. Die drei Städte München, Nürnberg und Frankfurt a. M. haben geringfügige Zulagen erreicht.

**Der Tarifkonflikt im Berliner Gastwirtsgewerbe ist vorläufig beigelegt.** Da die Verhandlungen der Parteien vor dem Schlichtungsausschuß zu keinem Ergebnis führten, wurde eine Schlichterkammer gebildet, die einen Schiedspruch fällt. Lohn- und Manteltarif werden unverändert bis Ende November verlängert. In der Zwischenzeit soll vor dem Schlichtungsausschuß über den Neuabschluß der Verträge weiter verhandelt werden.

Zu dem hiermit bis Ende November vertagten Konflikt im Gastwirtsgewerbe erfahren wir noch:

Lohn- und Manteltarif für die gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer Berlins waren am 31. Oktober abgelaufen, ohne

daß eine Einigung über neue Tarife erzielt worden war. Beim letzten Tarifausschuß war vom Schlichtungsausschuß bestimmt worden, daß die Parteien bis zum 10. Oktober die Verhandlungen über den Abschluß neuer Verträge so gefördert haben müßten, daß noch vor dem Ablauf der Verträge der Schlichtungsausschuß im Falle des Scheiterns der direkten Verhandlungen eine Entscheidung treffen kann.

Auf die am 15. September von ihnen eingereichten Forderungen erhielten aber die Gewerkschaften erst am 10. Oktober eine Antwort. Die Abbauforderungen der Unternehmer sind so weittragend, daß die Gewerkschaft schon aus technischen Gründen die unveränderte Verlängerung der Tarife verlangen müssen, um für direkte Verhandlungen über den Neuabschluß des allen Eigenarten des Gastwirtsgewerbes angepaßten Tarifvertrages zu erhalten.

Die Unternehmer fordern: Die Garantilöhne des Bedienungspersonals sollen um 12 1/2 Prozent und die Löhne des festbesoldeten Personals um 10 Prozent gekürzt werden! Die Hotelbediener und Zimmermädchen sollen nur noch 75 Prozent des bisherigen Lohns erhalten. Für die übrigen Zweige soll durch die Einführung mehrerer neuer Altersklassen eine weitere Kürzung eintreten. Auch hinsichtlich der Berechnung des Garantilohnes soll durch die Einbeziehung der Zimmerkellner eine Verschlechterung erfolgen. Während die Gastwirte angestellten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden verlangen, wollen die Unternehmer die Arbeitszeit durch Pausen derart auseinanderziehen, daß nur noch eine zehnstündige Nachtruhe übrigbleibt.

Darum verlangt die Lehrerschaft, obgleich sie in der Einrichtung der Preussischen Akademien keineswegs die von ihr geforderte Lösung der Lehrerbildung sieht, die Weiterführung und den Ausbau der Akademien, um ein Zurück zum früheren Seminar, mit seinem Leitfadenswissen und seinem Drill, zu verhindern.

## Bestrafte Vertrauensseligkeit.

Ein höchst eigenartiger Meineidsfall beschäftigte neulich das große Schwurgericht des Landgerichts I. Wegen Meineids war eine Frau E. angeklagt. Ihr Freund, Herr K., hatte gegen seine Ehefrau eine Scheidungsklage eingereicht. Um nun nicht als schuldiger Teil verurteilt zu werden, bewog er Frau E., unter ihrem Eide auszusagen, daß sie mit ihm nicht geschlechtlich verkehrt habe. — Frau E. erwartete indessen schon ein Kind von K. Trotzdem schwur sie, wie es ihr Freund wünschte, und weil sie hoffte, daß er sie später heiraten würde. —

Später erst entpuppte sich ihr „Freund“. Er heiratete sie nicht nur nicht, sondern entzog sich sogar der Unterhaltspflicht für sein inzwischen geborenes Kind, sodaß Frau E. eine Alimentationsklage gegen ihn einreichen mußte, wobei der von ihr geschworene Meineid natürlich herauskommen mußte.

Frau E. hat bereits vier unmündige Kinder. Diese Tatsache, sowie den Umstand, daß sie in erheblichem Maße unter dem Einfluß von K. stand, von dem sie wiederholt sogar geschlagen wurde, rechnete ihr das Gericht als Milderungsgründe an und ließ es bei einer Gefängnisstrafe von einem halben Jahr, unter Zubilligung einer 3jährigen Bewährungsfrist bewenden.

Ihr „Freund“, der Anstifter des Meineids, der die Hauptstrafe verdiente, wurde lediglich als Zeuge vernommen — als Angeklagter vorläufig nicht. — Pit.

## Rückkehr des Weltfliegers v. Gronau.

Am 9. November landete der deutsche Flieger Wolfgang v. Gronau bei den Dornierwerken in Altenheim bei Rorschach, nachdem er von Genua aus die Alpen überflogen hatte. Die Weltumfliegung nahm ihren Anfang von der Insel Sylt, führte von dort nach dem kalten Norden, über das sagenumwobene Island und Grönland, das Land der Eskimos, nach dem amerikanischen Festland, nach Alaska. Von Alaska ging es zur amerikanischen Stadt Chicago. Ueber die Aläuten führte Gronau aus Weg nach Ostasien, nach Japan und China, dann nach Batavia in Holländisch-Indien und nach der britisch-indischen Insel Ceylon, weiter nach Bagdad in Mesopotamien, über Kleinasien nach Athen in Griechenland und schließlich nach Italien.

## Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „FUNKEN“.

N. N. 6,— M.; N. N. 10,— M.; H. K. in G. 10,— M.; E. S. in G. 10,— M.; M. K. in G. 10,— M.; E. H. in G. 2,— M.; F. K. in G. 5,— M.; H. O. in G. 2,50 M.; G. in B. 3,— M.; R. L. in B. 45,80 M.; W. S. in O. 2,— M.; M. L. in E. 10,— M.; E. W. in G. 138,70 M.; W. A. in V. 10,— M.; A. F. in S. 5,— M.; C. B. in H. 3,— M.; W. S. in D. 13,— M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, auch weiterhin die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

## Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirk Ost.

Montag, 14. November, 20.15 Uhr, im Lokal „Zur Mollé“, O 17, Am Ostbahnhof 2. Vortrag von Dr. Otto Reinemann: „Gegen die Arbeitsdienstpflicht.“

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Linemann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 29/30.

**Das Haus der guten Schuhe H. Ebel**  
Berlin N 63, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

**Herde Oefen / Gaskocher**  
niemals besser und  
niemals billiger als bei  
**C. F. W. Lademann Söhne**  
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85  
U-Bhf. Inselbrücke.

**Erstklassige Maßarbeit**  
Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Mäntel  
Kostüme  
Tadelloser Sitz

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut / schnell / billig  
**EUGEN GEMM**  
Frankfurt a. M., Niederwald  
Engelsplatz 12.

Freunde  
und Leser des  
„FUNKEN“!  
**Unterstützt  
Eure  
Zeitung!**  
Werd Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Verzweigt bei Einkäufen  
unsere Inseraten!

**Wer unsere Schriften  
noch nicht kennt,**  
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.  
**Kostenfrei**  
Hefern wir 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer  
„Mittelungen“.  
**Gegen vorherige Zahlung von 1 M.**  
Hefern wir 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer  
„Mittelungen“ (80 Seiten) und 12 Klebmarken.  
**BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15**  
Düsseldorfer Straße 23. — Postcheckkonto: Nummer 567 71. Berlin

**Pflanzen-Butter**  
(vegetabile Margarine)  
**garantiert reine Nuß-Fette**  
Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 3 Pfd. netto  
nur 2,20 RM. Frei Haus  
gegen Voreinsendung auf  
Postcheck Magdeburg 179 24.  
**Frischkost-Reformhaus**  
**Ernst Held, Magdeburg**  
Otto v. Guerickestraße 104.

**Oberhemdenstoffe,  
Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Schönheit**  
MAGDEBURG  
Johannisbergstr.  
10, III.  
Stilmuster  
vorrätig.

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**J. Fürchtenicht**  
Böttingen, Nikolausberger Weg 67.

Reparaturen von elektrischen Bügelisen,  
Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung  
mod. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GOTTINGEN / Jüdenstraße 2, III.

**Sprechapparate Koffer / Schatullen / Schränke**  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in  
allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothauer, Weimar,  
Röhrstr. 40.**

**„Haltet Euch gesund  
durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
Berlin, Köpenicker Straße 96

**Werbeprospekte  
Zeitungen  
Zeitschriften**  
Bei billigster Preiskalkulation druckt  
**A. Janiszewski**  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Baumgarten 5471

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.  
Ab 11. November:  
Richard Oswald's Meisterwerk  
**Dreyfus**  
mit Fritz Kortner, Helmut George,  
Albert Bassermann, Grete Mosheim,  
Oskar Homolka, Fritz Kampers u. a.  
**Fox tönende Wochenschau.**  
Anlaufzeiten: 15. 17. 19. und 21. Uhr.

**Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?  
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?**  
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:  
**Führt Geldreform  
aus Kapitalismus und Krise?**  
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.  
**Von Helene Boyer.**  
52 Seiten. Gehalt 0,40 M.  
Aus den Presse-Urteilen:  
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwandgoldtheoretiker ihre  
fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.  
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre  
von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 126, vom 13. Juni 1932.  
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geld-  
währung geben dem Leser fernerhin das Recht, in die Hand, auch andere  
Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Ver-  
suche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum  
gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur —  
leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschafts-  
politisch Interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 145 vom 17. Juni 1932.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto Berlin 818 42.

# Das Fallbeil der politischen Justiz.

Hk. In der Nacht zum 9. August zerriß in Reichenbach (Schlesien) eine Bombe den SA-Mann Jaehnke, der im Begriff war, sie zu werfen, und zwar offenbar auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke. In der Nacht vorher wurden im Kreise Nimtsch (15 km von Reichenbach) drei ähnliche Bombenanschläge verübt. Für die Aufklärung der Attentats-Serien vom August, nicht nur der schlesischen, sondern auch der ostpreussischen und der holsteinischen, hat der Prozeß über das Reichenbacher Attentat, der vor dem Schweidnitzer Sondergericht am Freitag zu Ende ging, einiges Material geliefert.

## Wie war das Reichenbacher Attentat organisiert?

Die Fäden lassen sich in der SA nach aufwärts bis zum Breslauer Braunen Haus, zum Führer der schlesischen SA, Heines, und seinem Adjutanten, Stabsführer Hayn (ebenfalls in Breslau), verfolgen. Die nächstuntere Instanz ist die Führung der SA-Untergruppe Schlesien-Süd in Reichenbach; Oberführer: von Obernitz; Adjutant: Graf Sprei. (Die beiden sind flüchtig, weil gegen sie Haftbefehl wegen Mordversuchs in drei Fällen erlassen ist.) Weiter erscheinen im Prozeß: der Leiter der SA-Wehrsportschule in Fürstenstein (30 km von Reichenbach), Standartenführer Staats; der Standartenpfarrer Fuchs, Pastor in Dittmannsdorf und Referent für Motorwesen bei der fraglichen Standarte.

## Hauptangeklagte

waren die SA-Leute Wagner (22 Jahre, Reichenbach), Polomski (19 Jahre, Breslau), Wolter (Reichenbach).

## Der Hergang.

Das Auto zum Attentat wurde von Obernitz und Graf Sprei besorgt und gehörte der Schweidnitzer Untergruppe der NSDAP. Fahrer des Wagens war Polomski. Wagner hat den getöteten Jaehnke voranlaßt, an dem Attentat, das angeblich der Synagoge gelten sollte, teilzunehmen. Sie sind dann nachts, als Paeschke nach Hause kommen mußte, in die Nähe von dessen Wohnung gefahren. Jaehnke sei dann ausgestiegen und habe die Zündschnur angezündet, als Paeschke mit einigen anderen auf der Straße zu sehen gewesen wäre. Polomski sah, wie die Bombe vorzeitig explodierte und Jaehnke zusammenbrach. Er ist dann mit Wagner ins Auto gestiegen und nach Breslau gefahren, zu Heines. Dort wurde der Fall besprochen, und Heines beriet mit seinem Adjutanten Hayn.

Heines bedauerte, daß das Attentat nicht geglückt sei, gab Polomski Geld, versprach Wagner eine Stellung im Braunen Haus und schickte die beiden nach Fürstenstein (SA-Schule). (Die bisherige Schilderung auf Grund von Angaben Wagners und Polomskis.)

Inzwischen hatte von Obernitz sich nach München begeben, schrieb von dort einen Brief an Wagner, in dem er, ihn, der Treue seiner Kameraden versicherte und

ihm einen Gruß Hitlers übermittelte. Der Vorsitzende nach Verlesen des Briefes: „Dieser Brief aus München ist ein Zweifel daran, daß die Führer ihre Tat

Staats, der Leiter der SA-Schule, erzählt, daß die beiden mit einem Brief ohne Kopf und mit unleserlicher Unterschrift bei ihm erschienen seien. In dem Brief habe gestanden, daß die beiden zu einem Lehrgang kommandiert seien, und daß der Brief vernichtet werden solle. Er habe den Brief für die Anweisung einer höheren Stelle gehalten. Später ist Wagner von von Obernitz aus der Schule fortgeholt worden, auch Polomski hat man fortgeschafft, und zwar in die Obhut des Standartenführers Rauscher (Dittmannsdorf), der den Polomski im „Reichen Forst“ beim Hauptmann Müller vorsteckte und die Papiere und den Kontaktschlüssel des Autos an sich nahm. Merkwürdigerweise lagen diese Papiere und dieser Schlüssel eines Tages auf dem Schreibtisch des Motor-Referenten und Standartenpfarrers Fuchs, und der will diese Gegenstände — in den Papierkorb geworfen haben. Den Eltern Polomskis, die Fuchs nach dem Aufenthaltsort ihres Sohnes fragten, sagte dieser Seelsorger: es sei üblich, den Aufenthaltsort der „zur Erholung“ weilenden SA-Leute nicht zu verraten.

Zusammenfassung des Staatsanwalts: Mordversuch et cetera, die Tat sei nur das Glied einer Kette; die einheitliche Führung sei bewiesen.

Zusammenfassung des alten Mörder-Verteidigers Luettgeb: Die Tat sei die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Angeklagten gegenüber ihrer Partei und ihrer Uniform gewesen.

Für die Interessenten am sogenannten Idealismus in der NSDAP eine Probe aus der Verteidigungsrede von Heines: Hier ständen sich zwei Welten gegenüber: Die Welt Paeschkes und eventuell auch die des Rechtsanwalts Bändmann, die versuchen, alles Heroische, Vaterländische und Heldische zu diffamieren, und die andere Welt, die nur Dienst am Vaterlande kenne unter der Devise: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“ — In einer Pause zwischen den Plädoyers gab Heines bekannt, die Angeklagten Wagner, Polomski und Wolter würden zu Truppführern befördert und erhielten von ihm ein Heft mit dem Bild Hitlers ausgehändigt.

Das Urteil: für Wagner fünf Jahre eine Woche Zuchthaus; für Polomski ein Jahr Zuchthaus; Wolter freigesprochen; für Heines sechs Monate Gefängnis; für Staats, Hayn und Rauscher je vier Monate Gefängnis. (Fuchs stand gar nicht unter Anklage.)

Etwa fünf Jahre Zuchthaus Höchststrafe scheint also die Taxe zu werden für die jetzt verhandelten Attentats-Serien vom August: vor einigen Tagen in dem Prozeß wegen des nationalsozialistischen Bombenattentats in Allenstein war die Höchststrafe ebensoviel. Wenn man das ganze Maß an Gemeinheit (Heines! Und der Pastor!) und vor allem die weitgehende Organisiertheit der Mordaktionen in Betracht zieht, die der Schweidnitzer Prozeß weit deutlicher enthüllt hat als der Allensteiner, so muß man das Strafmaß als unerhört niedrig bezeichnen. Vor allem für den Mordorganisator, der — mindestens mit ausgesprochener Anerkennung mit seiner Mordhetze — hinter den schlesischen

Attentaten steht. Es ist eine Schande, daß dieser moralisch degenerierte Gemeingefährliche frei umherläuft.

Daß man gegen Kommunisten anders vorgeht, mag ein Fall aus den letzten Tagen beweisen:

## Sprengstoffprozeß gegen Bremer Kommunisten.

Das Schwurgericht Bremen hat am Donnerstag 29 Jahre Zuchthaus gegen Kommunisten verhängt. Im einzelnen wurden verurteilt: Förster zu acht, Friedrichsen zu sechseinhalb, Hamann und Köster zu je fünfeinhalb, Helvogt zu zweieinhalb und Smolarczyk zu einem Jahr Zuchthaus.

Förster hat, wie er zugab, von Friedrichsen finanziell unterstützt, sechs Bomben hergestellt. Mit diesen bewaffnet waren die Angeklagten am 10. Juli bei einer Bahnunterführung von Polizisten bei verdächtiger Tätigkeit beobachtet und verhaftet worden. Dabei explodierte eine Bombe, als ein Polizist sie aufheben wollte, und der Polizist wurde getötet.

Wie gering gegenüber dem Maß, das man gegen die Bremer Kommunisten angewandt hat, das ist, mit dem

## Protestkundgebungen der Festungsgefangenen.

Die Mitteilung von Hungerstreiks der Festungsgefangenen entspricht nach Angaben der betreffenden Gefängnisverwaltungen nicht den Tatsachen. Dagegen haben Scheringer, der ehemalige Reichswehrleutnant und jetzige Nationalbolschewist, und einige andere kommunistische Genossen heftige Demonstrationen unternommen gegen die verschärften Bestimmungen für die Festungsgefangenen, insbesondere gegen die Aufhebung des freien Ausganges und die Einführung der Briefkontrolle. Die Festungsgefangenen lärmten so laut, daß man sie auf der Straße vor dem Gefängnis hören konnte. Es fanden sich außen auch sympathisierende Kommunisten ein, die ebenfalls Kundgebungen versuchten, aber von der Polizei daran gehindert wurden. Die Gefangenen verweigerten die Entgegennahme einzelner Mahlzeiten (also doch Hungerstreik trotz verschiedener amtlicher Dementis!) und zertrümmerten angeblich Einrichtungsgegenstände.

## Nationalsozialistischer Autoschütze festgenommen.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Veller aus dessen Auto am 7. November in Wuppertal geschossen wurde, wobei eine Frau schwere Verletzungen erlitt, ist in Alfona festgenommen worden. Eine Pistole, aus der kurz vorher geschossen sein muß, wurde bei ihm gefunden. Mit

## „Verbilligung“ der preussischen Verwaltung?

In Durchführung der Zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung (der lange Name dieser Verordnung ist sicher noch keine Vereinfachung) wurden am 10. November zahlreiche Personalveränderungen in Preußen vorgenommen. Selbst wenn eine Vereinfachung durch die Zusammenlegung verschiedener Dienststellen möglich wird, aber nicht sicher ist, da ein Apparat nicht unbedingt besser arbeitet, wenn die Zahl der Räder vermindert wird, bleibt es im vorliegenden Fall das Geheimnis der kommissarischen Regierung, worin die wesentliche „Verbilligung“ bestehen soll; denn die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten bekommen wenigstens einen Teil ihrer Gehälter als Ruhegelder weiterbezahlt, leisten dafür jedoch keine Arbeit!

## Vertagung der Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum in Preußen.

Die für Ende dieser Woche in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum in Preußen wegen der Ministerpräsidentenwahl im Preussischen Landtag sind auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Man will

## erst nach einer Klärung der Lage im Reich

zusammenkommen und das Ergebnis der Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsparteien abwarten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst Ende November aufgenommen werden.

## Preussischer Landtag auf 24. November zusammengerufen.

Der Präsident des preussischen Landtages, Nazi-Kerri, hat das Parlament auf Donnerstag, den 24. November, einberufen. Die Tagesordnung wird noch festgesetzt werden.

## Protest gegen die Beförderung eines Verfassungsbrechers.

Die Fraktion der SPD im preussischen Landtag hat beantragt, der Landtag möge feststellen, daß die Beförderung eines Beamten, der verfassungswidrig gehandelt habe, dem Auftrag widerspreche, zu dessen Durchführung der Reichskommissar eingesetzt worden sei.

Es handelt sich um den Regierungsrat von Werder, der entgegen den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung einen nächtlichen Einbruch in die Räume einer Reichstagsfraktion geleitet hat.

## Der Reichskanzler und die Ministerpräsidenten

von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden hatten Freitag tagabend eine Besprechung zusammen mit den Reichsratsbevollmächtigten der vier Länder und dem Reichsinnen- und dem Justizminister. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, über den Inhalt der Ansprache erfährt man, daß die Herren Herrn von Papen ernste Sorgen über den politischen Kurs der Reichsregierung übermittelt und ihn vor Experimenten auf dem Gebiete der sogenannten Reichsreform gewarnt haben.

Heines und Genossen in Schweidnitz behandelt wurden, geht besonders noch daraus hervor, daß die Kommunisten nur wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, die beiden hauptangeklagten Nazis aber außerdem wegen Mordversuchs verurteilt worden sind.

## Die Meinung der Richter über den Mordherrn und die Mordknechte.

Soeben wird die Urteilsbegründung bekannt, die über die Geistesverfassung der Richter von Schweidnitz ein klares Zeugnis ablegt. Wer dieses Zeugnis gelesen hat, wird sich über das wohlwollende Urteil nicht wundern.

Der Vorsitzende sagte u. a.: Man müsse in Wagner und Polomski irregeltete Menschen sehen. Das Gericht sei daher zu dem Beschluß gekommen, die Begnadigung für Wagner und Polomski in der Hinsicht zu empfehlen, daß die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe umgewandelt und ein gewisser Strafrest erlassen werde. Staats, Rauscher und Hayn hätten auf Befehl gehandelt. Dies sei bei ihnen strafmildernd berücksichtigt worden. Heines seinerseits habe aus Kameradschaft gehandelt. — Die menschliche Unzulänglichkeit dieser Richter erhält diese „Begründung“. Als ob die Sozialisten aus anderen Motiven handelten! Wobei wir der „Kameradschaftlichkeit“ von Heines nicht über den Weg trauen.

Laut Gerichtsbeschuß wird ein Ausschuß „den Umfang der Immunität von Heines klären“. Es ist also noch nicht heraus, ob Heines das halbe Jahr absitzen wird.

ihm zusammen wurde der seit 18. Oktober steckbrieflich gesuchte SS-Mann Trimborn ergriffen, bei dem am 30. Juli 1931 ein Waffenlager gefunden worden war.

## Attentatsversuch auf die „Dresdener Volkszeitung“?

Im Treppenhaus der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“, an das die Räume des Sekretariats der SPD grenzen, wurde ein Sprengkörper gefunden, der aber rechtzeitig unschädlich gemacht werden konnte. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gang.

## Tränengas und Katzenmusik im Wiener „Braunen Haus“.

Das österreichische Mieterschutzgesetz hat es den Nationalsozialisten im vorigen Jahr unmöglich gemacht, die bisherigen Mieter des von ihnen angekauften Hauses auf die Straße zu setzen. Sie haben den Juden unter ihren Mietern das Leben auf andere Weise schwer zu machen gewußt. Einer dieser Mieter hat sich jetzt bei der Polizei darüber beschwert, daß die Nazis den unliebsamen Mietern Katzenmusik gebracht und in eine Wohnung Tränengas hineingeleitet hätten. Daraufhin hat die Polizei im „Braunen Haus“ einige Verhaftungen vorgenommen und eine Wache in das Haus gelegt, die weitere derartige Angriffe verhindern soll.

## Otto Braun besucht Papen.

Am Freitag mittag hat eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun stattgefunden, in der die Versuche fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Leipziger Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde; über den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Man hört nur, daß man sich nicht geeinigt hat, und daß die Aussprache wegen der Süddeutschlandreise Papens erst in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll.

## Erklärung der „anderen Seite“.

Die Pressestelle der oldenburgischen Regierung teilt zum Falle Stoffregen mit, die in der Presse über den Stand der Disziplinarsache des Eutiner Bürgermeisters verbreiteten Nachrichten seien zum Teil unzutreffend.

Die Einigungsverhandlungen am 8. November in Eutin seien als aussichtslos abgebrochen worden. Das Staatsministerium habe am 10. November entschieden, daß bei einem schwebenden Disziplinarverfahren nur eine zwangweise Beurlaubung möglich sei; gegen Dr. Stoffregen sei aber das Disziplinarverfahren schon am 5. September eröffnet worden (allerdings offenbar in einer anderen Angelegenheit als dem augenblicklichen Streitfall! Red.). Dr. Stoffregen hätte sich bei der Verhandlung nur bereit gezeigt, auf einen Monat in Urlaub zu gehen.

## Das badische Konkordat.

Am Freitag wurde der Text des Konkordats der Presse zugestellt, die nun die Möglichkeit hat, sich in sanften Worten (!) über die durch Staatsverträge gesicherte geistige Niederdrückung der Untertanen zu äußern. Der Text entspricht dem der Konkordate bisheriger Übung, wonach die Kirche unverjährte Rechte auf die Umwandlung irdischer Menschen in himmlische Schafe hat.

Der badische Landtag kann zu dem Konkordat nur noch ja oder nein sagen. Auf einzelne Bestimmungen des Konkordats kommen wir vielleicht zurück.

## Ultimatum der Fischer am Frischen Haff.

Der Fischer am Frischen Haff hat sich große Erregung bemächtigt, weil sie seit der Veröffentlichung des Vereins für wissenschaftliche Heilkunde über die Entstehung der oft tödlichen Haffkrankheit keinen einzigen ihrer Fische mehr absetzen können. Der Fischereiverein von Fischhausen am Frischen Haff hielt eine Versammlung ab und sandte ein Telegramm an den Reichspräsidenten: Tausende von Fischern seien infolge der Feststellungen des Vereins für wissenschaftliche Heilkunde (wonach die Ursache der Haffkrankheit im Genuß durch Abwässer vergifteter Fische liegt) erwerbslos geworden und bäten um schnelle Hilfsmaßnahmen, besonders um Einschreiten der Gesundheitspolizei gegen die Königsberger Zellulosefabrik, deren Abwässer hauptsächlich die Fischvergiftung bewirkten. Die Fischer erklärten, falls die Regierung nicht bis zum 18. November eindeutig Maßnahmen zusage, sähen sie sich zur Selbsthilfe gezwungen und würden gemeinsam den Abwässerkanal zuwerfen!

Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, schon im Interesse der Volksgesundheit, daß die Regierung die Bestrebungen der Fischer unterstützt.

# Der Agrarreformplan von Fritz von Basse.

## Material für unser Krisenprogramm.

Ohne Ausräumung des Krisenherds in Ostelbien kann die Krise, wenn überhaupt, so doch nur unter schwerster Belastung der Arbeiterschaft überwunden werden. Unser Krisenprogramm sieht daher eingreifende Maßnahmen vor, die

dem größten Teil der deutschen Großgrundeigentümer wirtschaftlich den Garau machen

werden. Die von uns geforderte Herabsetzung der Getreidezölle und die Einstellung der Subventionen an Großagrarien werden zu einer starken Senkung der Getreidepreise und dem offenen Bankrott der meisten Großgrundeigentümer führen. Wir wollen das wirtschaftliche Ende dieser Herrenklasse und wollen auf Großgrundeigentumsland ein großzügiges Siedlungswerk in Gang bringen.

Die genannten Maßnahmen sind gleichzeitig eine

### Hilfe für die deutschen Bauern,

und nicht nur dadurch, daß ihre zweiten und dritten Söhne neues Land erhalten können und daß landarme Bauern Land dazu erhalten können. Denn nach Senkung der Getreidepreise werden einerseits die zugekauften Futtermittel für die Bauern billiger; andererseits können sie für ihre Veredelungsprodukte mehr erlösen, weil die Städter bei niedrigen Brotpreisen für andere Nahrungsmittel mehr ausgeben können und werden. (Vergleiche unsere Broschüre: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“, insbesondere Seite 27—36. Internationale Verlagsanstalt, Berlin SW 19.)

Fritz von Basse, Regierungsvizepräsident in Oppeln, zur Zeit durch Herrn von Papen kaltgestellt, hat an mehreren Stellen einen Agrarreformplan veröffentlicht, der in der Hauptsache dieselben Ziele verfolgt. Wir stellen diesen Plan hier dar, zunächst im Anschluß an einen Aufsatz, den Fritz von Basse in der „Arbeit“, Heft 5, vom Mai 1932, veröffentlicht hat.

Von Basse beschreibt dort die Lage in Deutschland und die Grundlinien seines Planes folgendermaßen:

„Gegenwärtig ist die Lage in Deutschland folgende: Die Landwirte haben insgesamt etwa 1,2 Milliarden Reichsmark Zinsen und Tilgung und vielleicht noch 300 Millionen Reichsmark an Pachten jährlich zu zahlen.

Die den Nichtlandwirten zu Gunsten der Landwirte durch die Agrarschutzzölle auferlegte Sonderabgabe wird auf etwa 3 Milliarden Reichsmark jährlich geschätzt.

Hiervon erhält das Reich aus den Zolleinnahmen etwa 800 Millionen Reichsmark, von dem übrigen bleibt ein Teil beim Handel, der Rest, also immer noch etwa 2 Milliarden Reichsmark, geht an die Landwirte. Die Zahlen mögen sich heute ein wenig verschoben haben, aber das durch den Rückgang der Kaufkraft verursachte Sinken der Gesamtabgabe wird dadurch wieder ausgeglichen, daß der Reichsanteil durch die fast prohibitiv wirkenden Zölle stark verringert ist.

Die Städter leisten also infolge des Schutzzölles eine um einige Hundert Millionen Reichsmark höhere Abgabe an die Landwirte als diese an die Städter, in Wirklichkeit zahlen die Städter sich also selber Pacht und Zinsen. Es ist daher nicht recht einzusehen, warum man nicht den Umweg über den Landwirt sparen soll. Dazu ist aber

nötig, daß sich das Reich zunächst einmal die Verfügung über diese Abgabe sichert und es nicht dem Glück, dem Geschick oder der Macht des einzelnen Landwirtes überläßt, wieviel er davon erbeutet.

Das ist möglich, wenn die Agrarschutzzölle aufgehoben und durch eine Lebensmittelsteuer ersetzt werden, die beim Verkauf an den letzten Käufer in Hundertteilen des Kaufpreises erhoben wird. Sie hat vor der gegenwärtigen Besteuerung der Städter durch den Agrarschutzzoll den Vorzug, daß sie gerechter ist. Sie belastet den, der billigere Nahrungsmittel kauft, den Armen, geringer als den, der teurere kauft, während heute den Hauptteil der Last die Brotverzehrer, die breiten Massen, tragen müssen.

Die Einnahmen aus dieser Steuer setzen das Reich in Stand, die Bauern von dem Druck ihrer Zinsen und Pachten, die Landarbeiter aus der Abhängigkeit vom Großgrundeigentümer oder Großpächter zu befreien und Land zu unentgeltlicher Abgabe an Anlieger- und Neusiedler in ausreichender Menge in die Hand zu bekommen.

Deshalb, weil diese Steuer dazu dienen soll, die besitzlosen Massen von dem augenblicklichen Druck der Arbeitslosigkeit und dem dauernden Druck des Kapitalverhältnisses zu befreien, schlage ich vor, sie Befreiungssteuer zu nennen. Es ist zwar eine neue Steuer, aber keine neue Belastung.“

### Die Bauern gewinnen.

Die Entschuldung soll den Klein- und Mittelbauern ohne Gegenleistung gewährt werden. Auf Antrag soll das Reich ihre Pacht- und Zinslasten übernehmen. Dabei sollen die Pächter zu Eigentümern werden können. Für die Großbauern soll unter gewissen Gegenleistungen (Abgabe von Land) dasselbe gelten. Allen Bauern wird also die Existenz gesichert. Sie gewinnen durch die Zinsentlastung, durch die Senkung der Futtermittelpreise und durch die Steigerung der Kaufkraft der Städter für Veredelungsprodukte fast sämtlich weit mehr, als sie durch die Senkung der Getreidepreise verlieren.

### Die Großgrundeigentümer verlieren.

Bei den Großgrundbesitzern will von Basse unterscheiden zwischen den nicht über eine gewisse Grenze (etwa 40 Prozent des Wehrbeitragswertes) verschuldeten und den anderen.

1. Den Minderverschuldeten werden drei Möglichkeiten geboten:

a) Sie können ihre Betriebe nach Aufhebung der Schutzzölle weiterführen. — Das wird wohl nur den Allerwenigsten möglich sein.

b) Sie können beantragen, daß ihnen der Betrieb abgenommen wird. Sie sollen dann als Entgelt 25 Jahre lang eine Rente in Höhe des höchsten in den Jahren 1924/31 versteuerten Einkommens aus dem Betrieb erhalten. — Da Großgrundbesitzer bekanntlich nur wenig oder gar keine Einkommensteuer bezahlt haben, wird die Rente nicht groß werden. Immerhin sollte auf alle Fälle eine niedrige Höchstgrenze festgelegt werden.

c) Sie können beantragen, daß das Reich ihre Zinslasten übernimmt. Als Gegenleistung müssen sie Land abgeben, soweit das ohne Gefährdung der Betriebsführung möglich ist, und auf ihre Herrenstellung verzichten; sie müssen eine genossenschaftliche Betriebsverfassung mit Ertragsverteilung nach der Leistung einführen, wobei für eine Übergangszeit von etwa 25 Jahren den derzeitigen Besitzern und ihren Erben die Betriebsleitung zustehen soll.

2. Die höher verschuldeten Betriebe sollen durch Zwangsversteigerung in andere Hände kommen. Eino zu gründende „Betriebsgesellschaft“ soll sie im allgemeinen zu einem Preis übernehmen, der der ersten Hypothek entspricht. (Dadurch soll eine Erschütterung des Pfandbriefmarktes vermieden werden.)

### Aufgaben der „Betriebsgesellschaft“.

Der Betriebsgesellschaft soll der gesamte Ertrag der „Befreiungssteuer“ zufließen, soweit er nicht notwendig ist, um dem Staat die verlorengegangenen Zolleinnahmen zu ersetzen; außerdem die gesamten Beträge, die Reich und Länder zur Zeit zur Förderung der ländlichen Siedlung und der Osthilfe aufwenden. Die Gesellschaft hat folgende Aufgaben:

1. Sie soll das bisherige Großgrundeigentümer-Land verwalten. Seine Besiedlung soll in erster Linie in der Form erfolgen, daß in den vorhandenen Großbetrieben die kapitalistische herrschaftliche Ertragsverwaltung durch die genossenschaftliche ersetzt wird. — Bei diesem Verfahren wird die Freisetzung von Landarbeitern vermieden, im Gegensatz zur heute üblichen Methode, bei der sich die Siedlung weitgehend zu Gunsten der Großagrarien und zu Lasten der Landarbeiter vollzieht. Der genossenschaftlichen Ansiedlung ist zum mindesten für den Anfang auch unsere Erachtens der Vorzug zu geben, weil die Ansiedlung von Einzelsiedlern kostspieliger und auch zeitraubender ist und die selbständige Ansiedlung von Landarbeitern vielfach schon deshalb nicht in Frage kommt, weil bei ihnen weder die Neigung noch die Fähigkeit zu selbständigem Wirtschaften vorhanden ist. Nach Basse's Schätzung werden rund 1 Million in Großbetrieben beschäftigte Menschen bei Durchführung seines Vorschlages aus unabhängigen Landarbeitern zu Mitinhabern ihres Großbetriebes.

2. Die Betriebsgesellschaft hat ferner die Aufgabe, Anliegersiedlung zu treiben, das heißt: mit dem von Großbauern abgetretenen und bei Großbetrieben entbehrlichem Lande unzureichende Stellen auf volle Ackeranbauflächen aufzurunden. — Es handelt sich um eine große Anzahl von Betrieben, die Personen gehören, die zum Teil nur nebenberuflich Landwirte sind. Durch Anliegersiedlung könnte erreicht werden, daß sie ihren bisherigen Hauptberuf aufgeben und als hauptberufliche Landwirte vom industriellen Arbeitsmarkt ver-

schwinden. (Von 2,45 Millionen selbständigen nebenberuflichen Landwirten sind 1 Million gewerbliche Arbeiter.)

3. Die Betriebsgesellschaft hat ferner die Aufgabe, neue Kleinstellen zu schaffen.

4. Schließlich wird ihr die Aufgabe gesetzt, eine planmäßige Wasserwirtschaft in Gang zu bringen (Bau von Bewässerungs- und Entwässerungs-Anlagen).

### Zusammenfassung des Plans.

Als Zusammenfassung des hier kurz dargestellten Planes geben wir hier den Wortlaut eines von von Basse formulierten Antrages der Ortsgruppe Oppeln der SPD wieder (nach dem „Oberschlesischen Volksblatt“ Nr. 226, vom 27. September 1932):

Der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und preußische Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich mit aller Kraft für die Durchführung folgender Maßnahmen einzusetzen:

I. Ersatz der Agrarschutzzölle mit Ausnahme eines kurz befristeten Erziehungszolls für die Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft durch eine in Hundertteilen des Kaufpreises berechnete Steuer auf alle inländischen Verkäufe von Lebensmitteln an den letzten Verbraucher (Befreiungssteuer).

II. Befreiung der Klein- und Mittelbauern von ihren Zins- und Tilgungslasten und von ihren Pachten. Bezahlung dieser Lasten aus dem Ertrage der Befreiungssteuer.

III. Befreiung der Landarbeiter von der Herrschaft des Großgrundeigentümers und der Landarmen von dem Zwange, in Industrie oder Landwirtschaft Lohnarbeit zu suchen. Dadurch, daß

1. den nicht zu hoch verschuldeten Großgrundeigentümern die Zins- und Tilgungslasten nur abgenommen werden, wenn sie

a) auf ihre Herrenstellung verzichten und sich darauf beschränken, unabhängiger technischer Leiter eines genossenschaftlichen Großbetriebes mit gewährleistetem Tariflohn der Mitarbeiter zu sein und

b) für die Landarmen unentgeltlich soviel Land abgeben, wie entbehrlich ist, ohne daß der Großbetrieb lebensunfähig wird;

2. die zu hoch verschuldeten Güter von einer zu diesem Zweck zu gründenden Gesellschaft in der Zwangsversteigerung übernommen werden, der der ganze noch freie Ertrag der Befreiungssteuer zufließt zur Lösung folgender Aufgaben:

a) Fortführung und Intensivierung der übernommenen Großbetriebe in genossenschaftlicher Form unter unabhängigen technischen Leitern und gewährleistetem Tariflohn für alle. Oberleitung der Gesellschaft, die auch Ein- und Verkauf übernimmt.

b) Unentgeltliche Abgabe des entbehrlichen Landes an die Landarmen.

c) Schaffung neuer Kleinstellen, soweit Begehrt vorhanden

d) Ausführung eines planmäßigen, ganz Deutschland umfassenden Wasserwirtschaftsnetzes.

## Das Ziel des Plans. Wird es erreicht?

Fritz von Basse will durch seinen Plan mehrere Ziele gleichzeitig erreichen:

1. Die Beseitigung der Herrenstellung der heutigen Großgrundeigentümer.

2. Die Entschuldung der Landwirtschaft.

3. Die Verbilligung des Brotes.

Zum ersten Punkt: Die große „Liebesgabe“ der Bevölkerung an die Landwirtschaft wird *offen als Steuer* erhoben. Ihre Verteilung wird in die Hände des Staates gelegt, der sie vor allem zur grundlegenden Reparatur der Agrarverhältnisse in Ostelbien verwenden soll. — Das schont uns grundsätzlich ein gangbarer Weg zu sein.

Zum zweiten Punkt: Die Entschuldung der Bauern ist ein Punkt in Basse's Programm, während er in unserem Krisenprogramm nicht vorgesehen war. Andererseits würden nach unserem Programm die Bauern künftig beim Absatz ihrer Produkte größere Vorteile haben: keine Produkte würden durch eine neue Nahrungsmittelsteuer verteuert werden; der Brotpreis würde deshalb tiefer sinken und andererseits würden die Preise für Veredelungsprodukte nicht wegen Belastung durch jene Steuer steigen; die Kaufkraft der Massen für Veredelungsprodukte würde also aus zwei Gründen größer sein als bei Durchführung von Basse's Programm. — Was für die Bauern vorteilhafter ist, ist schwer abzuwägen. Die Beseitigung der Zins- und Tilgungslasten ist für sie wahrscheinlich anziehender.

Daß der Staat der Schuldner der bisherigen Gläubiger wird, damit werden die Gläubiger meist sehr zufrieden sein. Genau genommen übernimmt der Staat nur die Zins- und Tilgungslasten. Das läßt ihm ein Druckmittel gegenüber den entlasteten Landwirten, insbesondere gegenüber widerspenstigen Großgrundeigentümern in der Hand. Auch dagegen werden die Gläubiger nichts einzuwenden haben. Es ist daher notwendig, scharf darauf zu achten, daß der Staat nicht zu viel Lasten übernimmt. Mit der Uebernahme der Zins- und Tilgungslasten auf den Staat sollte weitgehend eine Herabsetzung der Schuldsumme oder der Zinssätze verbunden werden, eben weil ein grundsätzlich besserer Schuldner an die Stelle des alten Einzelschuldners tritt.

Zum dritten Punkt: Wie stark sich Lebensmittel verbilligen nach Aufhebung der Zölle und Einführung der Lebensmittelsteuer wollen wir hier an Hand neuer Angaben vorsichtig zu errechnen versuchen. (Gewisse Fehlerquellen lassen sich dabei leider nicht ausschalten.) Die im Inland an Nichtlandwirte verkauften Mengen von deutschem Weizen, Roggen, Hafer und Gerste waren im Erntejahr 1931/32 infolge der Absperrung vom Weltmarkt zu Gunsten der deutschen Landwirte folgendermaßen überteuert worden; gleichzeitig wurden die nachstehend verzeichneten eingeführten Mengen entsprechend zu Gunsten der Staatskasse überteuert:

	Tonnen	Preis der Tonne in Mark	Wert in Mill. Mark	Ueberteuernng je Tonne	insgesamt Mark
<b>Roggen</b>					
Deutsche Ernte	2 850 000	197,—	561		
Einfuhrüberschuß	365 811	197,—	72		
	3 215 811	197,—	633	99,70	320 616 000
<b>Weizen</b>					
Deutsche Ernte	2 780 000	229,—	625		
Einfuhrüberschuß	587 782	229,—	135		
	3 317 782	229,—	760	113 —	371 909 000
<b>Hafer</b>					
Deutsche Ernte	925 000	152,—	141		
Einfuhrüberschuß	15 746	152,—	2		
	940 746	152,—	143	62,50	58 797 000
<b>Gerste</b>					
Deutsche Ernte	975 000	174,—	170		
Einfuhrüberschuß	790 614	174,—	138		
	1 765 614	174,—	308	84,—	148 312 000
					Mark 902 634 000

Die Entlastung der Konsumenten (und der eingeführten Getreide verfütternden Landwirte) bei Aufhebung der Zölle würde rein rechnerisch rund 900 Millionen Mark betragen. Nun müssen wir aber annehmen, daß die Preise auf dem Weltmarkt nach Öffnung der deutschen Grenzen steigen

werden; schätzungsweise verringert sich dadurch die Entlastung auf 800 Millionen Mark.

Was brauchte demgegenüber zur Zeit der Staat zur Ablösung der Zinsen und Pachten?

Jährliche Zinsbelastung	640 Millionen Mark
Pachten (nach Schätzung von Basse)	300 Millionen Mark
Tilgung von 1 Prozent aus 11,77 Milliarden Mark Schuldenlast der Landwirtschaft	118 Millionen Mark
	1 058 Millionen Mark

Der Staat braucht außerdem zum Ersatz für ausfallende Zolleinnahmen einen Betrag. Da die Einfuhr ja zur Zeit stärker gedrosselt ist, wird die erforderliche Summe wohl unter 200 Millionen Mark liegen. (1931 machten die Zolleinnahmen für Lebensmittel und Getränke nach Absetzung der Einnahmen aus den Finanzzöllen für Kaffee, Kakao und Tee nur 365 Millionen Mark aus.)

Der Staat müßte zur Deckung der hier genannten Posten also rund 1 1/4 Milliarden Mark durch die „Befreiungssteuer“ aufbringen, außerdem natürlich noch einen Betrag zur Finanzierung der Siedlung. Die Lebensmittel, die durch jene Zollerentlastung um rund 800 Millionen Mark verbilligt würden, würden also nunmehr um mehr als 1250 Millionen Mark verteuert.

Um den notwendigen Ausgleich herzustellen — die Belastung der Städter zu Gunsten der Landwirtschaft sollte insgesamt natürlich nicht erhöht werden! — müßte man entweder darauf verzichten, daß das Reich die gesamten Zins-, Pacht- und Tilgungslasten übernimmt, was dem Plan sicher einen Teil seiner Zugkraft nehmen würde. Oder aber, man müßte sofort auch an die Verbilligung anderer Agrarprodukte, zum Beispiel des Zuckers, gehen. Ferner könnte auch der Zollschatz für manche bäuerlichen Veredelungsprodukte zu Gunsten der Städter gesenkt werden; denn die Bauern würden ja nicht nur durch die Befreiung von Zins-, Pacht- und Tilgungslasten einen Vorteil haben, sondern auch durch die Senkung der Preise für zugekaufte Futtermittel. Nach der Schätzung von von Basse müssen sie jährlich rund 8,9 Millionen Tonnen, nach der Schätzung der Deutschen Bauernschaft 7,4 Millionen Tonnen Futtermittel zukaufen. Die Beseitigung der Ueber-touierung würde für die betreffenden Bauern ein jährliche Erparnis von zur Zeit wohl mindestens einer halben Milliarde Mark bedeuten. (Genauere Berechnungen sind in Vorbereitung.) Wenn gleichzeitig Industriezölle herabgesetzt und damit Industrieprodukte für die Bauern verbilligt würden, so könnten also sehr wohl auch Zöllestricken für die bäuerlichen Veredelungsprodukte zu Gunsten der Städter ermäßigt werden, ohne daß der Plan insgesamt seine Schlagkraft gegenüber den Bauern verlieren würde. Für die Städter wäre aber dadurch der notwendige Ausgleich gewonnen.

Der hier erörterte Plan wird sicherlich je nach den Umständen, innerhalb deren er verwirklicht wird, im einzelnen geändert werden müssen: Zum Beispiel je nach dem Abstand zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen, je nach der Höhe der Reichseinnahmen aus Lebensmittelzöllen, je nach dem Ausmaß der Zinsbelastung der Landwirte. Der Plan läßt sich, was ein großer Vorzug ist, an die Umstände leicht anpassen.

Sein größter Vorzug ist der bereits im Laufe der Darstellung erwähnte: Seine Verwirklichung gibt den Bauern sofort etwas. Der Plan verspricht ihnen nicht bloß ein Wachsen der städtischen Kaufkraft gegenüber ihren Produkten. Er verspricht nicht nur den zweiten und dritten Bauernsöhnen die Möglichkeit, Land zu bekommen. Sondern seine Verwirklichung besteht zu einem wesentlichen Teil darin, daß die

**Bauern sofort und zwar an einer besonders empfindlichen Stelle entlastet**

werden: durch die Uebernahme der Zins-, Tilgungs- und Pachtlasten auf das Reich. Gleichzeitig wird die

**Stellung der Landarbeiter auf einen Schlag wesentlich gebessert.**

Wir glauben daher: Wenn die Industrie- und Landarbeiter den Bauern auf einer solchen Grundlage die Bundesgenossenschaft anbieten, so wachsen die Aussichten der Verständigung zwischen Arbeitern und Bauern erheblich.

Heilmut Rauschenplat.